

INTERGLOBAL

KOLUMBIEN

Landrecht ohne Frieden

Text und Foto: Knut Henkel

Zögernd macht sich die kolumbianische Zentralregierung daran, die Rückgabe geraubten Ackerlands an die rechtmäßigen Besitzer zu ermöglichen. Doch wo es schon mit der juristischen Umsetzung hapert, ist der Schutz der Betroffenen erst recht nicht garantiert.

Eine der größten Hürden auf dem Weg zum Frieden in Kolumbien ist die Rückkehr der Bauern auf ihre Felder. Dafür und für die Umverteilung von rund drei Millionen Hektar Land hat sich die Farc-Guerilla während der Verhandlungen für ein Friedensabkommen engagiert. Mit Erfolg - trotz massiver Widerstände werden entsprechende Forderungen vom Parlament ohne erneute Abschwächungen formalisiert werden. Doch die Umsetzung wird eine Herausforderung; das zeigt auch ein Besuch in dem kleinen Dorf Macondo in Kolumbiens Bananenregion Urabá. Dort haben die Bauern ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und sind zurückgekehrt auf ihr Land, dass ihnen geraubt wurde. Dabei gehen sie ein hohes Risiko ein.

Die bunte Folie am Fensterrahmen des Holzhauses von José María Calle ist schon von weitem zu sehen. In einem dunklen Blau, einem hellen Grün und zwei weiteren Signalfarben schimmert die Kunststoffplane, die in einem lauen Luftzug sanft hin und her pendelt. „Strategien der Großgrundbesitzer, um Land von Kleinbauern zu behalten und zu legalisieren“, steht in grünen Lettern auf der Folie geschrieben.

„Ich wollte Flagge zeigen und nun können sich alle über die Knif-

fe der Großgrundbesitzer informieren“, erklärt der hagere Bauer mit gedämpfter Stimme. In seinem Vorgarten findet gerade das Treffen der Bauernorganisation „Tierra y Paz“ (Land und Frieden) statt. „Wir haben uns organisiert, unterstützen uns gegenseitig beim Versuch, unser Land zurückzubekommen. Schließlich wurde es uns fast zeitgleich weggenommen“, wispert der 73-Jährige und weist den Weg in die Küche, um ein paar ruhige Sätze mit dem Besucher zu wechseln.

Großgrundbesitzer, „Terratenientes“, gibt es in Kolumbiens Bananenbauregion Urabá zuhauf. In dem schmalen Küstenstreifen dreht sich fast alles um Bananen, Palmöl und Rinder. Rund um die Provinzhauptstadt Apartadó dominiert der Bananenbau. Doch je weiter man sich nach Süden orientiert, desto mehr Viehweiden kommen hinzu, bis man an die Abzweigung nach Macondo gelangt.

Das kleine Dorf Macondo ist nur über eine Buckelpiste zu erreichen, die immer dann, wenn die beiden Flüsse Rio León und Barranquillito Hochwasser führen, kaum zu passieren ist. „Wir leben ziemlich abgeschieden, aber es ist ein Paradies. Man muss nur wissen, wie es geht“, erklärt José María Calle mit einem stolzen Lächeln.

Rund 39 Hektar Ackerland nennt der sehnige Mann sein eigen und seit dem 3. September ist daran nicht mehr zu rütteln. An diesem Tag hat die Behörde für Landrückgabe, die „Unidad de Restitución de Tierra“, ihm ganz offiziell zurückgegeben, was ihm bereits seit 1985 gehört. Aus dem Ackerland mit dem einfachen

Farmhaus will er nun wieder ein Schmuckstück machen.

Dafür benötigt der Mann mit dem markanten Strohhut Kapital. Doch auf die Kompensationszahlungen von Seiten des Staates wartet er bereits seit August 2015. „Damals hat mich meine Anwältin aus Medellín angerufen und mir mitgeteilt, dass ich eine Entschädigung erhalten würde. Daraufhin habe ich alle nötigen Papiere versandt, aber nie wieder etwas gehört“, erklärt der fünffache Vater.

Der Vorwurf der Komplizenschaft zwischen staatlichen Stellen und den Landoligarchen ist nicht neu.

Kein Einzelfall, und bei den Bauern der Region genießt die Justiz nicht den besten Ruf. „Hier werden die Gesetze nicht befolgt. Dafür bin ich ein gutes Beispiel, denn ich habe seit 1985 einen Landtitel, wurde trotzdem gewaltsam vertrieben und brauchte 20 Jahre, um legal zurückzukehren“, schimpft Calle und schiebt seinen Strohhut in den Nacken.

Im September 1996 war er von seiner Farm vertrieben worden. „Die Paramilitärs haben mir per Brief mitgeteilt, dass ich die Region bis zu diesem Zeitpunkt lebend verlassen könne“, erinnert er sich und schüttelt den drahtigen Oberkörper vor Empörung.

So wie ihm erging es Dutzenden von Kleinbauern in der Region zwischen Apartadó und dem weiter südlich gelegenen Chigorodó. Nun

jedoch haben die Kleinbauern, die Grundnahrungsmittel wie Mais und Bohnen produzieren, aber auch Vieh halten und Bananen anbauen, seit Jahren wieder einmal etwas zu feiern: die Rückgabe von drei Fincas in und um Macondo. Das könnte der Auftakt sein für weitere Landrückgaben in der Region.

Urabá gilt als eine jener Regionen Kolumbiens, wo prozentual am meisten Land mit Waffengewalt umverteilt worden ist, berichten die in Medellín ansässige Stiftung „Forjando Futuros“ und das „Instituto Popular de Capacitación“ (IPC). Den Recherchen dieser Organisationen zufolge gibt es in 66 der 143 Gemeinden des Verwaltungsbezirks Antioquia Fälle von Landgrabbing und -vertreibung. Mehr als 150.000 Familien sind davon betroffen, darunter auch die Familie Calle.

Fünf Jahre lebte José María Calle, mit seiner Frau Esilde Lara und den fünf Kindern in einem Armenviertel in der Hafenstadt Cartagena. Dann kehrte er zum ersten Mal zurück, wurde jedoch von der Polizei wieder vertrieben. Erst 2013, beim dritten Anlauf, konnten sie bleiben. Da wurde gegen den Großgrundbesitzer José Vicente Cantero endlich ermittelt, sodass die Polizei diesmal nicht aktiv wurde, um José María Calle und seine Familie von ihrem Grund und Boden zu vertreiben. „Seither bauen wir mit einfachen Mitteln wieder Grundnahrungsmittel an“.

Wie José María Calle geht es vielen Kleinbauern in der näheren Umgebung. Blanquicet und Nuevo Oriente heißen zwei Dörfer auf dem Weg nach Macondo, wo sich eine ganze Reihe von Rückkehrern angesiedelt

Informiert mutig über die Machenschaften der kolumbianischen Großgrundbesitzer: José María Calle bei einem Treffen der Bauernorganisation „Tierra y Paz“.



hat. Da bestellt auch Carlos Paez, der Direktor der Bauernorganisation „Tierra y Paz“, seine drei Hektar Land. Die hat er sich nach dem Militärdienst gekauft, denn auch seine Familie gehört zu den Vertriebenen. 200 Hektar Land hat seine Familie damals im Mai 1997 aufgeben müssen. Paez weiß genau, was er mit dem Land anstellen wird, wenn er und seine Brüder es zurückbekommen sollten. „Eine kleine Milchfarm würde ich gern aufbauen“, sagt der Familienvater, der wiederholt Morddrohungen erhielt, weil er sich mit der gewaltsamen Umverteilung des Ackerlandes nicht abfinden will.

Dabei wird das geraubte Land trotz seiner Fruchtbarkeit kaum genutzt: Auf den weitläufigen Wiesen um Macondo grasen gerade einmal eine Handvoll Zebu-Rinder. Im Verwaltungsbezirk Antioquia ist das relativ oft zu beobachten, aber noch häufiger im benachbarten Córdoba, wo sich noch mehr Flächen in den Händen von Großgrundbesitzern konzentrieren als in Antioquia. „Farmen mit mehr als 12.000 Hektar gibt es und einzelne Großgrundbesitzer haben sogar mehrere davon“, erklärt Paez. In Córdoba befand sich lange die Zentrale der Paramilitärs, von hier zogen Carlos Castaño und Salvador Mancuso, die beiden paramilitärischen An-

führer, der eine bis heute verschwunden, der andere in US-Haft, die Fäden. Zwischen Mitte der 1990er-Jahre und 2004 sorgten sie durch Terror, Massaker und unzählige Morde für eine gigantische Landumverteilung.

Auf Rückgabe hat auch die Familie Paez geklagt. Aber erst, als 2005 die ersten Richter und Staatsanwälte aus Bogotá nach Urabá kamen. Die lokale Justiz hatte schon lange die Arbeit eingestellt. Daran hat sich laut Paez nicht viel geändert. Zwar gibt es seit 2011 das Gesetz für die Opfer des Bürgerkriegs und die Landrückgabe, aber bisher sind nur sehr geringe Flächen zurückgegeben worden. Auf acht Millionen Hektar schätzt Amnesty International die zwangsenteigneten Flächen, weniger als 200.000 Hektar wurden bisher laut der Behörde für Landrückgabe restituiert.

Kolumbien gehört zu den Ländern mit der höchsten Landkonzentration in der Region: In den Händen von 0,4 Prozent der Eigentümer befinden sich 62,6 Prozent der Flächen, während sich 86,3 Prozent der Eigentümer mit 8,8 Prozent der Flächen begnügen müssen. „Die staatlichen Behörden haben wenig Interesse uns zu helfen. Hier gibt es Kinder von Großgrundbesitzern, die als Anwälte bei der Behörde für Landrückgabe arbeiten“, klagt Paez.

Der Vorwurf der Komplizenschaft zwischen staatlichen Stellen und den Landoligarchen ist nicht neu. Umso erfreulicher sind Gerichtsurteile, in denen klagende Kleinbauern Recht erhalten, wie im Fall von José María Calle. Doch selbst das bedeutet noch lange nicht, dass die Betroffenen auf ihre Parzelle oder ihre Farm zurückkehren können. „Das Problem ist, dass der Staat nicht für unsere Sicherheit garantiert. Es gibt Fälle, wo es ein Landrecht gibt, dieses aber praktisch nicht durchsetzbar ist“, erklärt Carlos Paez ein wiederkehrendes Problem. Die Paramilitärs sind in einigen Regionen des Landes weiterhin aktiv. Gleichwohl spricht der kolumbianische Staat grundsätzlich nur von „kriminellen Banden“ und nimmt das Problem nicht ernst.

Diese Präsenz macht die Rückkehr von Kleinbauern, afrokolumbianischen und indigenen Gemeinden auf ihre Flächen oft überaus schwer. Das bestätigt auch Alirio Uribe Muñoz, der für den Polo Democrático Alternativo (Alternativer Demokratischer Pol im Kongress sitzt): „Die Landrückgabe hat viele Feinde und der Regierung fehlt es am politischen Willen“, kritisiert der ehemalige Menschenrechtsanwalt.

Das wissen auch die Bauern in Macondo, die sich keine großen Illusionen machen: „Wir werden um je-

den Hektar kämpfen müssen und um jeden Peso Entschädigung, um unsere Farmen wieder aufzubauen“, meint Carlos Paez. Er schätzt die Chancen seiner Familie, die ihm gehörende Zweihundert-Hektar-Farm wieder in Besitz nehmen zu können auf gerade einmal 50 Prozent.

Knut Henkel berichtet für die woxx aus Lateinamerika.

Nächste Woche:

Ein Herz für die Gemeinden

In vier Monaten sind Gemeindewahlen: Wie gut sind die Parteien vorbereitet? Wer greift auf welche Strategie zurück? Auftakt unserer Serie zum Gemeindewahlkampf.

